

1. Vfg.



KREIS
OSTHOLSTEIN

KREIS OSTHOLSTEIN • Postfach 433 • 23694 Eutin

**Landesamt für Umwelt des Landes
Schleswig-Holstein
Abteilung 3 - Immissionsschutz
Hamburger Chaussee 25
24220 Flintbek**

Der Landrat

**Fachdienst
Natur und Umwelt**

Geschäftszeichen

Auskunft erteilt

Telefon

Fax

E-Mail

Datum

13.03.2025

**Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz-BImSchG-;
Antrag auf Neugenehmigung von 2 Windkraftanlagen
Gemarkung Dissau, Flur 0, Flurstücke 98, 96/1**

Bitte um Stellungnahme vom 14.02.2025

Bodenschutz

Gegen das o. g. Vorhaben bestehen aus bodenschutzrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken.

Hinweise:

Um den Vorsorgegrundsätzen der §§ 1, 4 und 7 des Bundesbodenschutzgesetzes nachzukommen ist der „Leitfaden zum Bodenschutz beim Bauen“ des Landes Schleswig-Holstein zu beachten.

Bodenverdichtungen und -versiegelungen sind zu vermeiden oder zu minimieren. Minimierungs- und Vermeidungsmöglichkeiten insbesondere bei den Zuwegungen sind zu prüfen sowie die Unvermeidlichkeit zu erläutern. Die Prüfung der Eingriffe und Beeinträchtigungen in Böden sind der unteren Bodenschutzbehörde zur Verfügung zu stellen (§ 2 Abs. 1 Landesbodenschutzgesetz).

Der Abtrag von Oberboden muss rückschreitend mit Raupenbaggern erfolgen. Das Abschieben ist nicht zulässig (DIN 19639, 6.3.6). Wird Boden zwischengelagert, sind die Vorgaben der DIN 19731, Punkt 7.2 zu beachten. Wird Boden auf dem Baufeld wiederverwertet, sind die DIN 19731 und die Ersatzbaustoffverordnung sowie die Bundesbodenschutzverordnung zu beachten.

Adresse

Kreis Ostholstein
Lübecker Straße 41
23701 Eutin

Kontakt

Telefon: +49 (0)4521 788-0
Telefax: +49 (0)4521 788-600
E-Mail: info@kreis-oh.de
Internet: www.kreis-oh.de

Öffnungszeiten

Mo. – Fr. 08:00 – 12:00 Uhr
Mo. – Do. 13:30 – 15:30 Uhr
oder nach Vereinbarung

Bankverbindung

Sparkasse Holstein
IBAN: DE 77 2135 2240 0000 0074 01
BIC: NOLADE21HOL

Eine Verwertung von überschüssigem Boden außerhalb des Plangebietes in Form einer Verfüllung oder Aufschüttung bedarf in der Regel einer naturschutzrechtlichen Genehmigung sobald die Menge 30 m³ oder die Fläche 1000 m² überschreitet.

Gemäß § 2 des Landesbodenschutz- und Altlastengesetzes (LBodSchG) sind Anhaltspunkte für das Vorliegen einer schädlichen Bodenveränderung oder Altlast unverzüglich der unteren Bodenschutzbehörde mitzuteilen.

Bei dauerhafter Aufgabe der Nutzung ist die Anlage gemäß Erlass zu Vollzug der Rückbauverpflichtung § 35 Abs. 5 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) vollständig zurückzubauen und die Fläche zu entsiegeln.

Hinsichtlich der Rückbauverpflichtung bei Außenbereichsvorhaben weise ich auf den Erlass des MELUND vom 22.04.2020 zum Vollzug der Rückbauverpflichtung nach § 35 Absatz 5 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) bei Genehmigung und nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung von Windkraftanlagen hin. Über den Eingang einer Rückbauanzeige gem. § 63 Absatz 3 LBO erbitte ich eine Information.

Auflagen:

1.) Wird Boden auf dem Baufeld wiederverwertet, dürfen nur natürlicher, gewachsener Boden i. S. der BBodSchV und Ersatzbaustoffe BM0 und BG0, die den Anforderungen der Ersatzbaustoffverordnung entsprechen, eingebaut werden. Soll aufbereiteter Boden (BM0, BG0-S, BM0*, BG0*-S) zur Auffüllung eingesetzt werden, so bedarf dies meiner vorherigen Zustimmung. In diesem Fall ist die Eignung des Materials nachzuweisen. Vorzulegen sind:

- Analytik,
- vollständig ausgefülltes Probenentnahmeprotokoll nach LAGA PN 98,
- Lageplan der Probenentnahme,
- Klassifizierung nach Ersatzbaustoffverordnung.

Die Annahme und der Verbleib des Materials müssen nachvollziehbar belegt sein. Unklarheiten gehen zu Lasten des Unternehmens.

2.) Im Rahmen der Ausführungsplanung ist gemäß DIN 19639 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben“ ein Bodenschutzkonzept zu erstellen. Dieses Konzept soll alle bodenschutzrelevanten Daten zusammenfassen, Auswirkungen der Maßnahme beschreiben und konkrete Maßnahmen und Zielsetzungen zum Erhalt oder zur Wiederherstellung der natürlichen Bodenfunktionen enthalten.

Um diese Vorgaben einzuhalten, zu überwachen und zu dokumentieren ist eine bodenkundliche Baubegleitung durch eine bodenkundlich ausgebildete Fachperson mit entsprechenden beruflichen Qualifikationen vom Vorhabenträger einzusetzen und bei der unteren Bodenschutzbehörde vorab zu benennen. Die bodenkundliche Baubegleitung nimmt regelmäßig an den Baubesprechungen zur Vorbereitung und während der bodenschutzrelevanten Arbeiten teil und kontrolliert und dokumentiert die Einhaltung der vorsorgenden

Maßnahmen. Die bodenkundliche Baubegleitung ist namentlich zu benennen und der unteren Bodenschutzbehörde spätestens vier Wochen vor Baubeginn mitzuteilen. Die bodenkundliche Baubegleitung hat der unteren Bodenschutzbehörde regelmäßig 14-tägig zu berichten.

Grundwasserschutz

Gegen das o. g. Vorhaben bestehen aus grundwasserschutzrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken.

Hinweise:

Ich möchte darauf hinweisen, dass die geplanten Anlagen im Trinkwassergewinnungsgebiet des Wasserwerkes II (Riesebusch) der Städtischen Betriebe Bad Schwartau liegen. Das Durchstoßen der Deckschicht oder das Vermindern der Mächtigkeit der Deckschicht, die dem Schutz des Grundwasserleiters dient, welcher zur Trinkwasserversorgung benutzt wird, ist zu vermeiden.

Erdaufschlüsse (z.B. auch Pfahlgründungen) sind gem. § 49 WHG ab einer Tiefe von 10 m (§ 40 Landeswassergesetz) oder bei Erschließung von Grundwasser bei der unteren Wasserbehörde mindestens einen Monat vor Beginn der Arbeiten anzuzeigen.

Sollten Grundwasserhaltungen für die Bauzeit notwendig sein, stellen sie eine Benutzung des Grundwassers gem. Wasserhaushaltsgesetz dar und sind daher gem. WHG erlaubnispflichtig. Ein entsprechender Antrag ist mindestens einen Monat vor Beginn der Arbeiten einzureichen.

Im Auftrag

■■■■
■■■■■■■■■■

2. Zum Vorgang:

Ab: 13.03.2025

i. A. gez.: ■■■■